

Untersuchungsausschuss Euro Hawk

Zeugenbefragung am 30. Juli 2013

Zeuge: Staatssekretär Rüdiger Wolf,
Bundesministerium der Verteidigung

Teil 1

native Plattform mit ISIS gefüllt sehen. Und diese Entscheidung trage ich mit.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nun hat Herr Beemelmans ja vorhin mehrfach gesagt und bestätigt, es handele sich sozusagen um eine technische Machbarkeitsstudie, also, geht das, oder geht das nicht, dass man ISIS sozusagen in einen anderen Flugkörper integrieren könne, hat damit ja auch eingeräumt, sozusagen eine genaue finanzielle, wirtschaftliche Grundlage, also Kostenschätzungen dieser Varianten, gebe es nicht. Wäre es nicht angezeigt gewesen, dass Sie sozusagen beteiligt worden wären und aus Ihrer Warte für diese Alternative eine vergleichbare Studie hätten erstellen lassen müssen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Für mich ist von entscheidender Bedeutung, Herr Abgeordneter, dass ich weiß, wie viel Geld dafür zur Verfügung steht, und ich weiß, dass im Haushalt kein Euro oder Cent mehr zur Verfügung steht, als für die Beschaffung der Serie des Euro Hawk zur Verfügung gestanden hätte. Dies ist die finanzielle Obergrenze für alle zu findenden Alternativlösungen. Für jeden Cent, der bei dieser Alternativlösung eingespart wird, bin ich dankbar. Für jeden Cent, den sie mehr kosten sollte, werde ich Schwierigkeiten im Haushaltsaufstellungsverfahren bzw. im Haushalt haben.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, gut, die Frage ist, glaube ich, schon gestellt worden; also wenn Sie jetzt die Signale dann auf Neustart stellen, ob das realistisch ist, zu sagen: „Wir können im Rahmen dieser 675 Millionen, also sozusagen der frei werdenden Planmittel, diese Alternativlösung bereitstellen“, lasse ich mal dahingestellt sein. Aber das ist sozusagen hier Ihre Aussage: „Wir kriegen das hin; was anderes ist auch gar nicht zu machen“, obwohl Sie einräumen, dass man darüber noch nichts Genaues weiß.

Zeuge Rüdiger Wolf: Herr Abgeordneter, diese Aussage habe ich nicht getroffen. Ich habe nicht gesagt: Wir kriegen das hin. Ich habe darauf hingewiesen, dass es einen Untersuchungsauftrag gibt und dass die dafür vorgesehene finanzielle Obergrenze der Haushalt bietet. Jetzt warte ich ab, ob mir jemand - und hoffentlich zuständiger - den Vorschlag macht, mit welcher Alternative ich

die vom Generalinspekteur geforderte Fähigkeit für das Geld, was im Haushalt steht, bekomme.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Wenn dieser Vorschlag dann also deutlich über dieser Marge liegt, was machen Sie dann? Dann verzichten Sie auf die Deckung der Fähigkeitslücke?

Zeuge Rüdiger Wolf: Das ist spekulativ; das kann ich Ihnen nicht sagen. Das hängt davon ab, wie die Priorisierung insofern erfolgt. Letztlich wird mir der Haushaltsausschuss - mit anderen Worten: der Deutsche Bundestag - das Plazet geben müssen, ob ich das darf oder nicht, sollte ich mich dafür entscheiden bzw. das Haus sich dafür entscheiden.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Hätten Sie denn Möglichkeiten der Umschichtung?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nach dem jetzigen Zeitpunkt sehe ich die nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So, jetzt Bündnis 90/Die Grünen. Die Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Wolf, ich würde gerne zu Beginn noch mal chronologisch durchgehen, inwiefern Sie mit dem Euro Hawk befasst waren. Dann können wir uns vielleicht ein paar Fragen sparen, zu denen Sie dann gar nichts sagen können.

Der Zeitpunkt vor Januar 2007, also die Gespräche im Vorfeld des Vertragsschlusses, welche Art von Zulassungen möglich sind: Haben Sie davon was mitgekriegt? Waren Sie da involviert?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein, Frau Abgeordnete.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und beim Vertragsschluss im Januar 2007: Inwiefern waren Sie dort mit dem Vertrag befasst?

Zeuge Rüdiger Wolf: Der Vertrag, also die dafür erforderlichen parlamentarischen Papiere, um den Vertrag dem Haushaltsausschuss vorzulegen, diese Vorlage stammt aus meiner Abteilung.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass der ehemalige Minister Jung bei dem Vertrag darauf gedrängt hat, dass dort Gewährleistung vereinbart wird: Haben Sie davon etwas mitgekriegt?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein, Frau Abgeordnete.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wäre der nächste Zeitpunkt Februar 2010. Ich glaube, da ist schon gesagt worden: Diese Gespräche zum Euro Hawk, die da in Manching geführt worden sind, sind nicht nach oben gemeldet worden; das wurde, glaube ich, gesagt. Haben Sie davon Kenntnis bekommen oder nicht?

Zeuge Rüdiger Wolf: Ab Februar 2010 war ich für diese Fragen nicht mehr zuständig, Frau Abgeordnete.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, also von diesem Gespräch haben Sie dann auch auf keinem anderen Wege irgendwas erfahren?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein, ich glaube, das habe ich der Aktenlage entnommen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Bei der Einweisung des jetzigen Ministers - ich glaube, März 2011 wurde genannt - in die aktuellen Rüstungsprojekte: Waren Sie dabei anwesend?

Zeuge Rüdiger Wolf: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das vielleicht aus Ihrer Erinnerung noch einmal schildern? Denn da haben uns schon andere Zeugen geschildert, wie das gelaufen sein soll. Also, wir haben gehört, dass dort zehn ausgewählte wichtige Projekte dem Minister vorgestellt wurden. Können Sie sich daran erinnern, ob der Euro Hawk dabei war?

Zeuge Rüdiger Wolf: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass zehn ausgewählte Projekte vorgestellt worden sind. Ich erinnere mich, dass in dieser Sitzung durch die Inspektoren der Teilstreitkräfte ihre jeweiligen Zuständigkeiten vorgestellt worden sind und die aus deren Sicht interessanten Projekte. Das Thema Euro Hawk war ein Bestandteil

des Vortrags des Inspektors der Luftwaffe, der, wenn ich mich da recht erinnere, zur Aufklärungssystematik insgesamt vorgetragen hat, also verschiedenste Aufklärungssysteme, bemannte und unbemannte Plattformen in der Verantwortung der Luftwaffe, vorgestellt hat und dabei auch den Euro Hawk erwähnte.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der Zeuge Selhausen hat uns gesagt, dass dort zehn ausgewählte wichtige Projekte vorgestellt werden können. Aber Sie können sich daran nicht erinnern?

Zeuge Rüdiger Wolf: Also, wenn ich mich - - Ich muss tatsächlich mit Nichtwissen sagen: Ich kann mich nicht erinnern, erstens, dass wir zehn Projekte vorgegeben hätten, und, zweitens, dass es tatsächlich zehn Projekte waren. Vielleicht waren es zehn Projekte. Kann ich nicht sagen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Rüstungsklausur im März 2012. Zu dem Zeitpunkt hatten Sie ja dann erstmals tatsächlich auch schon Kenntnis von den Problemen beim Euro Hawk. Ihre Kenntnisse von diesen Problemen, haben Sie die dann zeitgleich mit Ihrem Kollegen Beemelmans durch die gleiche Vorlage erfahren? Ist das richtig?

Zeuge Rüdiger Wolf: Also, wenn ich es genau nehme: nicht ganz zeitgleich. Die Vorlage richtete sich ja nicht an mich, sondern an Herrn Beemelmans, und Herr Beemelmans verfügte auf dieser Vorlage, wenn ich recht sehe, unter anderem auch zu meiner Kenntnis. Ich habe also ein paar Tage später davon erfahren.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein paar Tage später. - Und wer von Ihnen beiden wäre jetzt derjenige, der gegebenenfalls das dem Minister weitergeben müsste, wenn man denn entscheidet, es weiterzugeben? In wessen Zuständigkeit würde das dann fallen? Oder sind Sie beide als Staatssekretäre gehalten, wenn Sie etwas für ministerrelevant halten, es weiterzuleiten?

Zeuge Rüdiger Wolf: Im Rahmen unserer jeweiligen Kompetenz, ja: Herr Kollege Beemelmans sicherlich als der für dieses Projekt Verantwortliche, ich mit Sicherheit,

wenn ich daraus ein haushalterisches Problem gesehen hätte. Wenn ich also erkannt hätte: „Hier tut sich ein finanzielles Risiko auf, was den Haushalt belasten wird in nicht unerheblicher Größenordnung“, wäre das auch meine Verantwortung gewesen, dem Minister vorzutragen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das haben Sie nicht gemacht, weil Ihrer Ansicht nach das damals nicht haushaltsrelevant war, oder wie verstehe ich das?

Zeuge Rüdiger Wolf: Haushaltsrelevant war das selbstverständlich als ein Risiko; aber es war kein eingetretenes oder nicht beherrschbares Risiko. Mit anderen Worten: Es führte nicht zu unmittelbarem Haushaltsmittelmehrbedarf. Das war auch an dem Tag, wenn ich das recht sehe, nämlich das Risiko, ein Teil einer kurzen Intervention zwischen Herrn Selhausen und Herrn Müllner als Inspekteur der Luftwaffe, in der beschrieben wurde: Wir haben ein Zulassungsproblem, aber es ist beherrschbar. Und genau mit diesem Satz wurde beschrieben, dass es kein ministerrelevantes Thema war.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach hätte ich Sie jetzt als Nächstes gefragt; das wurde uns auch so ähnlich geschildert. Also, daran können Sie sich erinnern, dass der Inspekteur der Luftwaffe etwas vortragen wollte zum Euro Hawk und dann Selhausen gesagt hat: „Wir haben das auf dem Schirm; wir lösen das“?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein, nein, so war das nicht. Der Herr Müllner wurde nicht etwa durch Herrn Selhausen unterbrochen, sondern der Herr Müllner trug einen Verfahrensstand vor. Und wenn Sie - das werden Sie ja in den Akten haben - die Vorlage vom Februar 2012 richtig in Erinnerung haben, dann steht da ja nicht nur drin, dass sich da ein Risiko bei der Musterzulassung auftut, sondern da steht ein Lösungsweg drin, wie man es lösen will. Und dieser neue Lösungsweg, der bringt die Luftwaffe ins Spiel, nämlich über die Frage: Könnte die Luftwaffe nach den Sondervorschriften, die für die Luftwaffe gelten - so wie sie auch für die anderen, US Air Force und wen auch immer, gelten -, eventuell diese Zulassung herbeiführen? Weil das die Luftwaffe natürlich mit ins Spiel brachte, trug der Inspekteur dazu vor und hat entsprechend durch Herrn Selhausen den

Kommentar erhalten darüber: „Das ist beherrschbar“, und er teilte offensichtlich diese Auffassung.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war mir bisher noch nicht so klar. Also auf der Rüstungsklausur wurde über diese alternative Zulassung, über den Inspekteur der Luftwaffe, gesprochen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Missverständnis, Frau Abgeordnete: Ich habe nur gesagt: Der Inspekteur der Luftwaffe ist nicht unterbrochen worden. - Ich wollte Ihnen damit nur erklären, warum der Inspekteur der Luftwaffe dies vorgetragen hatte: da aus dem Februar die Zulassungsvariante „über den Inspekteur“ eingebracht worden war. Sonst wäre es die Zuständigkeit von Herrn Selhausen gewesen, zu dem Thema Zulassung vorzutragen, wenn er es denn für relevant gehalten hätte.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange ist denn diese Option noch auf dem Tisch gewesen? Wann ist die denn endgültig verworfen worden?

Zeuge Rüdiger Wolf: Kann ich jetzt auf ein Datum nicht fest sagen; aber es muss dann ja spätestens bis Ende Dezember 2012 als ein Lösungsweg verworfen worden sein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, warum? Hat da jemand mit Ihnen darüber gesprochen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Es gab, wenn ich das recht erinnere, eine Bewertung der Möglichkeiten der ZDv 19/1, insbesondere auch durch die Rechtsabteilung, hinsichtlich der Beschreitbarkeit eines Ausnahmeverfahrens. Wenn ich das recht in Erinnerung habe, hat die Abteilung R - ich kann Ihnen jetzt aber nicht mehr sagen, zu welchem Zeitpunkt - darauf hingewiesen, dass die Ausnahmевorschrift eine Ausnahmевorschrift für Einzelfälle ist, aber nicht für eine Dauernutzung.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die CDU/CSU hat keine Fragen mehr. Die SPD? - Kollege Bartels.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wann, Herr Staatssekretär, ist erstmals von einer alternativen Trägerplattform die Rede gewesen?

Untersuchungsausschuss Euro Hawk

Zeugenbefragung am 30. Juli 2013

Zeuge: Staatssekretär Rüdiger Wolf,
Bundesministerium der Verteidigung

Teil 2

und im Anschluss durch den Auswerter im Beisein eines Rechtsberatungsoffiziers der Bundeswehr vernichtet werden, und darüber wird ein Vernichtungsprotokoll geschrieben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die Zeit war um. - Bündnis 90/Die Grünen.
Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Vielen Dank. - Wir waren stehen geblieben beim Februar 2012, bei dem Vermerk, mit dem erst Herr Beemelmans und dann Sie ja über die Lage in Kenntnis gesetzt worden sind. Wenn man sich diesen Vermerk vom 8. Februar anguckt, dann stellt man fest - ich weiß nicht, ob Sie den jetzt noch mal brauchen; aber vielleicht erinnern Sie sich so -: Auf Seite 3 haben Sie handschriftliche Vermerke an den Rand geschrieben, die von Ihnen sind.

Zeuge Rüdiger Wolf: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sie erinnern sich. - Auf der Seite wird dargelegt, was die Industrie alles für Nachweise und Qualifikationsnachweise nicht erbringt und scheinbar nicht erbringen kann. Dann haben Sie daneben geschrieben: „und scheinbare Selbstverständlichkeiten sind nicht Gegenstand des Vertrages oder?“ Also, haben Sie sich an der Stelle darüber gewundert, warum oder ob diese Nachweise nicht Gegenstand des Vertrages sind?

Zeuge Rüdiger Wolf: Ja, ich habe mich geärgert, ja. Sonst hätte ich diese Kommentierung - - Das ist nicht meine Art. Ich schreibe ungern Kommentierungen in Vorlagen, die mich auch nur nachrichtlich ereilen; aber das hat mich geärgert, ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Diesen Ärger kann ich sehr gut nachvollziehen. Wie haben Sie diesem Ärger Ausdruck verliehen? Wem haben Sie diesen Ärger mitgeteilt?

Zeuge Rüdiger Wolf: Die Situation war so, wie sie ist. Nach der ursprünglichen Vertrags - - oder nach der Vertragsgestaltung sind offensichtlich bestimmte Teile, die im

Nachhinein als sinnvoller erschienen wären, nicht in den Vertrag aufgenommen worden. Ich hatte ja eingangs erwähnt, dass bei Vertragsschluss offensichtlich Auftragnehmer wie möglicherweise auch Auftraggeber - wahrscheinlich eher Auftraggeber - davon ausgegangen sind, dass Zulassungsverfahren insbesondere der Bundeswehr diesen Firmen bekannt sind. Dann war es logisch, diese in der Vorlage genannten Dinge nicht als Leistungsverpflichtung in den Vertrag aufzunehmen. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass dies möglicherweise nicht ganz sauber war.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sie haben jetzt immer gesagt: „Offensichtlich hat man ...“, „Offensichtlich hat man ...“. Haben Sie, nachdem Sie sich hier geärgert haben, selber mal in den Vertrag reingeguckt und selbst sich ein Bild davon gemacht, was da drinsteht?

Zeuge Rüdiger Wolf: Die Bewertung war ja schon in dem Vermerk enthalten, welche Schwierigkeiten sich da offensichtlich ergeben. Ob die in dem Vertrag nun zweifelsfrei geklärt waren oder nicht, ergab sich aus der Vorlage selbst eigentlich schlüssig scheinbar nicht; denn es bestand ein Streit zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber aus diesem Vertrag hinsichtlich der Verpflichtungen zur Zulassung.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Also, dass ein Streit bestünde, wäre mir neu. Bisher haben uns alle, die damit befasst waren - also Herr Stein, Herr Selhausen, Herr Beemelmans -, immer gesagt: Für uns stand völlig außer Frage, dass selbstverständlich die Industrie dieses Risiko nicht zu tragen hat, und deswegen haben wir es auch gar nicht geprüft.

Zeuge Rüdiger Wolf: Es ging mir jetzt bei meiner Antwort auch nicht um die Frage der Einschätzung des Risikos, sondern es ging um die Feststellung der Tatsache, dass zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer über die zu liefernden Unterlagen zur Zulassung und über die Zulassungsverfahren der Bundeswehr Einvernehmen bestand. Das war aber offensichtlich nicht der Fall.

Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT 17-50 BMVg zu BB 17-31, Ordner 3, Blatt 145.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Über das Verfahren, richtig. Aber über die Haftungsfrage hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch keiner nachgedacht, und deswegen frage ich Sie, da Sie der Erste sind, der an der Stelle offensichtlich Ärger auch geäußert hat, dass dies nicht vertraglich vereinbart ist, wie Sie damit weiter umgegangen sind. Wäre es nicht jetzt vielleicht auch der Zeitpunkt gewesen, zu sagen: Es sollte vielleicht jetzt jemand an der Stelle mal prüfen: Wie ist das eigentlich, mit den Nachweisen? Sind die nicht verpflichtet, die zu bringen? - Ist da niemand auf die Idee gekommen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Also, um es noch mal zu sagen: Es geht mir nicht um die Haftungsfragen, sondern es ging mir um die Schilderung in der Vorlage, dass es bestimmte Punkte gab, von denen wir annahmen, dass sie völlig unstreitig Vertragsgegenstand sind, aber offensichtlich nicht waren. Bei dieser Feststellung bedarf es keiner Prüfung mehr im Vertrag, ob das nun tatsächlich so ist oder nicht, sondern es ging jetzt um die Frage, was sich aus dem Vertrag für Konsequenzen ergaben. Die waren durch die Abteilung AIN und durch das BAAINBw zu prüfen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Na ja, aber wenn Sie -- Wir sprechen doch schon über das Gleiche. Wir sprechen über diese Vorlage der Qualifikationsnachweise, die hier fehlten, und da sagen Sie: Die sind nicht Gegenstand des Vertrages. - Und da wäre doch jetzt die Frage: Müsste jetzt spätestens nicht in diesem Moment irgendjemand mal prüfen, ob die nicht tatsächlich doch Gegenstand des Vertrages sind?

Zeuge Rüdiger Wolf: Frau Abgeordnete, wenn wir uns jetzt noch weiter über dieses Papier unterhalten, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn wir uns wirklich dann über den Wortlaut unterhalten würden. Hier wird nicht über die Haftung gesprochen, sondern hier wird über die Streitpunkte zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber gesprochen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann würde ich dem Zeugen gern die Gelegenheit geben, da noch mal einen Blick drauf zu werfen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Gut. Jetzt brauchen wir die MAT-Nummer.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist die MAT-Nr. 17-50, Ordner 3.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ja. - Geben Sie es ihm?

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Wir haben die Zeit gestoppt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dann habe ich es jetzt zwar leider nicht; aber ich glaube, das kriegen wir auch so hin.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Also, meine Frage, die ich mir halt jetzt stelle: Ich habe Sie so verstanden: Sie haben sich geärgert. Sie sind davon ausgegangen, dass diejenigen, die diesen Vermerk geschrieben haben, den Vertrag geprüft haben, und haben selber sozusagen keine weiteren vertraglichen Prüfungen mehr dann veranlasst. Sehe ich das richtig?

Zeuge Rüdiger Wolf: Das ist korrekt. Erstens richtete sich die Vorlage, wie ich schon sagte, an den Herrn Kollegen Beemelmans. Zweitens bitte ich -- In der Vorlage selber ergibt sich aus dem Satz davor, aus der Ziffer 10, eindeutig das, was ich auch noch mal gesagt habe: ... „zum Zeitpunkt des ... Vertragsschlusses“, so sagt der Verfasser, erschienen „die Zulassungsrisiken“ überschaubar und „hinreichend mitigiert“, was immer auch „mitigiert“ heißen mag. In dem Folgesatz - und um den geht es; den habe ich kommentiert - sagt der Verfasser: „Inzwischen hat sich herausgestellt, dass ...“, und dann zitiert er eine Reihe von Dingen, die offensichtlich als Zulassungsrisiken nicht überschaubar waren, mit anderen Worten: nicht im Vertrag aufgetaucht sind.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Na ja, also, da wird ja nun genau gesagt, was alles hätte vorgelegt werden müssen und dass die Industrie nicht in der Lage oder

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT 17-50 BMVg zu BB 17-31, Ordner 3, Blatt 20.

nicht willens ist, diese Dinge vorzulegen. Darauf bezieht sich das.

Zeuge Rüdiger Wolf: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und darauf bezieht sich Ihr Kommentar, dass man sagt: „Ist die Vorlage dieser Dinge nicht im Vertrag geregelt“?

Zeuge Rüdiger Wolf: Ganz genau.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz genau; sind wir uns einig. - Wer hätte denn das zur Prüfung mal veranlassen müssen? Herr Beemelmans?

Zeuge Rüdiger Wolf: Also, ich darf noch mal darauf hinweisen: „Nicht vertraglich geregelt“ heißt, nicht ausreichend, nicht interpretationsfrei offensichtlich. Denn sonst hätte der Verfasser ja nicht darauf vertrauen können, dass die Zulassungsrisiken im Vertrag überschaubar geregelt waren.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist ja eine andere Frage. Auf was der Verfasser vertraut, das frage ich mich auch an der Stelle; aber das ist ja nicht eine Frage, die Sie beantworten können.

Zeuge Rüdiger Wolf: Exakt. Deswegen kann ich auch Ihre jetzige Frage nicht beantworten.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber wir halten fest: Sie haben jedenfalls daraufhin keine Veranlassung gesehen, selber noch mal zu gucken, was vertraglich geregelt ist, und es hat auch sonst keiner in diesem Umfeld, der irgendwie mit dem Vorgang zu tun hätte, da noch mal nachgehakt.

Zeuge Rüdiger Wolf: Ich habe diesen Vertrag selbst nicht noch mal geprüft und auch keine Prüfung des Vertrages veranlasst. Das ist korrekt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn jetzt miteinander gesprochen? Also, ich stelle mir jetzt vor: Sie sind ja wenige Tage nach Beemelmans informiert worden, hatten das vorliegen, haben sich geärgert. Haben Sie denn noch mal auch gesprochen mit Ihrem Kollegen oder vielleicht auch mit dem Minister? Sitzt man da

nicht irgendwann auch mal, dass man sagt: „Also, hier ist irgendwas, was mich ärgert; das muss jetzt hier irgendwie mal mitgeteilt werden“?

Zeuge Rüdiger Wolf: Weder, noch. Denn Herr Beemelmans hatte diese Vorlage bekommen, und Herr Beemelmans hatte die Umsetzung der darin beschriebenen Themen oder Probleme zu lösen. Es war nicht meine Zuständigkeit als für den Haushalt jetzt Zuständiger, jetzt mich in den Vertrag zu begeben und die Arbeit von Herrn Beemelmans quasi mit zu machen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gut. - CDU? - Keine Fragen. SPD? - Herr Kollege Arnold.

Rainer Arnold (SPD): Herr Staatssekretär, der Bereich „Was kann dieses Teil?“ beschäftigt mich jetzt doch nach Ihrer letzten Äußerung. Sie sagten, wenn ich es richtig in Erinnerung habe: primär Radarsensorik erkennen. Ist das richtig?

Zeuge Rüdiger Wolf: Also, ich müsste Ihnen jetzt noch mal die gesamte Systembeschreibung -- Unter anderem, ja. Es geht um Abstrahlsignale. Ich bin jetzt kein Techniker.

Rainer Arnold (SPD): Ja, aber Radarsignale - ich bin ja Elektriker früher mal gewesen -, das hat sich nicht verändert. Aber Radarsignalabstrahlung ist ja nun was ganz anderes als - ich bleibe im laienhaften Sprachgebrauch - Funksignale in allen möglichen Spektren und neuen digitalen Technologien. Und wir würden doch wahrscheinlich keine fünf Flieger kaufen, um Radarstationen zu erkennen; also, das ist ja ein Instrument der wirklichen Kriegsführung, Krieg gegen Länder usw. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube, das Ding kann schon noch was anderes, ohne jetzt in Geheim gehen zu wollen.

Zeuge Rüdiger Wolf: Herr Abgeordneter, ich könnte es Ihnen -- Ich habe die Unterlage dabei. Dann könnte ich es Ihnen zitieren, was das kann, was das Projekt kann.

Untersuchungsausschuss Euro Hawk

Zeugenbefragung am 30. Juli 2013

Zeuge: Staatssekretär Rüdiger Wolf,
Bundesministerium der Verteidigung

Teil 3

Zeuge Rüdiger Wolf: Ich möchte noch mal darauf hinweisen: Also, nach meinem Erkenntnisstand fliegt der Euro Hawk im Rahmen seiner Nachweisführung des Systems ISIS in einem gesperrten Luftraum über Manching.

Zweiter Punkt. Für diese Nachweisführung ist die Mobilfunkfassung überhaupt nicht von Belang. Sie ist deswegen nicht Gegenstand der Nachweisführung, weil er Mobilfunk nicht abfragen soll. Also, bei der Nachweisführung - das, was er heute fliegt - ist eine solche technische Möglichkeit überhaupt nicht in ISIS vorhanden. Wenn - und so ist die Vereinbarung mit der G-10-Kommission - gleichwohl - Herr Abgeordneter Arnold wird mich gleich unterstützen - die Technik wider Erwarten dazu führt, dass mal ein Mobilfunk- oder was für ein Datensatz auch aufgenommen wird, dann wird über einen Filter die Übernahme dieser Daten in das System verhindert, und bei der Auswertung unter Aufsicht eines Rechtsberatungsoffiziers - - Ein Rechtsberatungsoffizier beim Kommando Strategische Aufklärung - das kann ein Zivilist sein mit Befähigung zum Richteramt, das kann auch ein Soldat sein mit Befähigung zum Richteramt -, der muss die Vernichtung dieser Daten mittels eines Protokolls gegenzeichnen, das heißt beaufsichtigen. Das ist die Vereinbarung mit der G-10-Kommission.

Harald Koch (DIE LINKE): Meinen Sie nicht, wenn Sie den Datenschutzbeauftragten einbezogen hätten schon in der Erarbeitung dieser Szenarien, wie man umgeht mit solchen Daten, dass die öffentliche Wahrnehmung auch eine andere gewesen wäre, also eine größere Transparenz auch?

Zeuge Rüdiger Wolf: Herr Abgeordneter Koch, das ist sicherlich eine Bewertungsfrage. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Erprobung dieses ISIS-Systems, wie ich schon sagte, in einem sehr, sehr begrenzten Raum stattfindet, im Übrigen auch nur für einen sehr, sehr begrenzten Zeitraum vorgesehen ist. Wenn diese Erprobungsflüge - ich glaube, sie sind spätestens bis zum 30.09. beendet und es finden nur noch maximal zwei statt - beendet sind, findet Euro Hawk im Rahmen seiner militärischen Auftragserfüllung im Bundesgebiet keine Anwendung mehr.

Harald Koch (DIE LINKE): Ich meine, jetzt darauf nur zu verweisen, dass es im Raum Manching fliegt. Das ist der Startkorridor. Der Flug wird sich schon etwas weiter bewegt haben.

Zeuge Rüdiger Wolf: Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht; ich glaube, Sie auch nicht.

Harald Koch (DIE LINKE): Aber aufgrund der nun technischen Möglichkeiten, die dieses System hat, ergibt sich schon für mich noch eine Frage, die ich Ihnen gerne stellen würde aufgrund dieser Einsatzszenarien für das System insgesamt, Euro Hawk und ISIS. Ist einmal irgendwann thematisiert worden, Aufklärungsdrohnen im Wege der Amtshilfe - wir reden ja von ressortübergreifender Verwendung - zur Überwachung von Demonstrationen oder Ähnliches einzusetzen, wie zum Beispiel die Tornados beim G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007? Was war das Ergebnis dieser Überlegungen? Hat es die gegeben, und was war das Ergebnis?

Zeuge Rüdiger Wolf: Herr Abgeordneter, militärische Mittel werden im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Zulässigkeit angewandt. Und ein kleiner Aspekt, ein Nebenaspekt - und der einzige - der Anwendbarkeit von militärischen Mitteln ist im Rahmen der Amtshilfe der Katastrophenschutz, Naturkatastrophenschutz, so wie das beim Hochwasser auch der Fall war. Da haben auch gepanzerte Fahrzeuge teilgenommen, obwohl sie Kriegswaffen sind. Ich schließe nicht aus, dass auch Aufklärungssysteme im Zusammenhang mit dem Amtshilfegrundsatz Anwendung finden, aber nur im Rahmen - ich wiederhole es - des verfassungsrechtlich Zulässigen. Insofern kann es auch sein, dass Aufklärungsmittel der Bundeswehr auf Anforderung der zuständigen Behörden im Rahmen ihres verfassungsrechtlich zulässigen Einsatzes mit verwandt werden. Bei Einsatz von Demonstrationen oder was auch immer - erschließt sich mir nicht; kann ich nichts zu rausgeben. Also, es ist bestimmt nicht darüber diskutiert worden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Bündnis 90/Die Grünen. Wer stellt Fragen? - Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde jetzt mal 2012 verlassen und zu dem entscheidungsrelevanten Punkt Mai 2013 kommen. Haben Sie jetzt noch mal persönlich mit Ihrem Kollegen Beemelmans über die Euro-Hawk-Frage persönlich gesprochen, bevor er die Entscheidung getroffen hat, die Serie nicht anzuschaffen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein. Das ging auch gar nicht, weil, ich glaube, ich habe am 8. Mai entschieden. Am 9. war Himmelfahrt, und am 10. hat Herr Beemelmans entschieden.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal kurz sagen, was Sie am 8. Mai entschieden haben?

Zeuge Rüdiger Wolf: Am 8. Mai habe ich auf dieser Vorlage verfügt, auf der Entscheidungsvorlage verfügt, dass wir - ich muss jetzt aus dem Kopf zitieren - so verfahren wollen, wie in dieser Vorlage vorgeschlagen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, ich hatte Sie vorhin so verstanden, dass Sie sagten, Entscheidungsgrundlage war für Sie nicht die Empfehlung von Alternativen, weil, so haben Sie gesagt, es ja gar keine Alternativen gab. Das ist richtig? So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Rüdiger Wolf: Mir waren keine Alternativen - bis heute nicht - vorgetragen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn gerade vorher hatte der Staatssekretär Beemelmans genau andersherum gesagt, Grundlage für ihn, für die Entscheidung sei gewesen, dass es eine Alternative gebe, die im Kostenrahmen bleibe, und deswegen hätte er entschieden, die Serie nicht zu bestellen und diese 600 Millionen Euro, die dann frei werden, für diese Alternative zu verwenden. Wir haben mehrfach hier versucht nachzufragen, was denn genau für eine Alternative er meint. Das hat er jetzt nicht so gesagt. Aber er hat mehrfach betont, Entscheidungsgrundlage für ihn sei gewesen, dass es eine Alternative im Kostenrahmen gebe, und wenn es die nicht gegeben hätte, dann sei die Sachlage eine andere gewesen.

Zeuge Rüdiger Wolf: Ich muss jetzt sagen, ich weiß nicht, ob Sie Herrn Kollegen Beemelmans richtig zitieren. Ich würde jedenfalls aus der Entscheidung, die Herr Beemelmans getroffen hat im März dieses Jahres, nämlich das Vorhaben, nicht in Serie zu gehen und Alternativen zu untersuchen und vorlegen zu lassen bis Ende des Jahres - - daraus würde ich eigentlich schlussfolgern wollen, dass Herr Beemelmans keine Alternativen jedenfalls unmittelbar präsent hat, aber sich vorstellen konnte, dass es solche gibt, und die wollte er untersuchen lassen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt völlig logisch und nachvollziehbar, was Sie sagen. Deswegen hatten wir ja auch bei dem Kollegen Beemelmans dreimal nachgefragt. Also, ich würde jetzt auch Ihnen gern was vorlegen. Das können wir nicht, weil das Protokoll existiert noch nicht. Aber es kommt auch kein Widerspruch aus diesen Reihen.

(Michael Brand (CDU/CSU): Doch, es kommt Widerspruch!)

- Doch? - Können wir das Protokoll sonst - - Haben wir eine Möglichkeit, die Zeugenaussage irgendwie dem - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir nicht? - Also, Sie haben jedenfalls keinerlei Vorstellung, was für eine Alternative damit gemeint sein könnte.

Das Gutachten über die Alternativen - das hatten Sie eben, glaube ich, schon gesagt -, das kennen Sie auch nicht, oder? Kennen Sie das bis heute inzwischen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein, ich kenne kein Gutachten, und ich kenne keine Alternativen, die man mir vorgetragen hätte. Ich kann mir schon die eine oder andere Alternative, die man so nennt, vorstellen. Aber wie sie zu bewerten sein wird und ob sie dem Fähigkeitsprofil des Generalinspektors entspricht und ob sie mit dem geltenden Finanzplanansatz vereinbar ist, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sehr schön. - Der zweite Widerspruch, der mir aufgefallen ist, ist, dass Sie, glaube

ich, gesagt haben, man habe sich im Zuge dieser Entscheidung gegen einen operativen Betrieb des Prototyps entschieden, weil, ich glaube, Sie haben gesagt, dass allein dieser Weiterbetrieb 52 Millionen im Jahr kosten würde. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Rüdiger Wolf: Frau Abgeordnete, Sie können sich da, glaube ich, ein sehr klares und objektives Bild machen, weil sich das exakt aus der Vorlage ergibt, die entschieden worden ist. Die Vorlage enthielt - ich habe das jetzt nicht vorliegen; aber ich glaube, ich bin ziemlich sicher, dass es so ist -, nicht in die Serie einzutreten, alternativ den Euro-Hawk-Demonstrator zu nutzen, um damit die ISIS-Aufklärungssensoren abschließend zu bewerten, alternativ den Euro-Hawk-Demonstrator für die Dauer von vier Jahren, glaube ich, zu betreiben, um Aufklärungsergebnisse abzuschöpfen. So lautete die Entscheidungsvorlage.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da haben Sie sich dagegen entschieden.

Zeuge Rüdiger Wolf: Genau. - Und ich habe, nachdem ich mit dem Generalinspekteur - den Generalinspekteur um eine Stellungnahme bat, weil der die Ziffer 3 - nämlich die Alternative, Betrieb des Euro-Hawk-Demonstrators über vier Jahre zur Gewinnung von Aufklärungsergebnissen, hätte Geld gekostet, nämlich im Betrieb der Bundeswehr hätte dafür Geld aufgewandt werden müssen. Ich habe den Generalinspekteur deswegen gefragt: Wie halten Sie es mit der Frage, Aufklärungsergebnisse auf der einen Seite für die Bundeswehr zu generieren, auf der anderen Seite aber damit den Betrieb der Bundeswehr erheblich zu belasten? Was halten Sie von dieser Alternative?

Und der Generalinspekteur hat daraufhin votiert mit einer Vorlage, die der Abteilungsleiter Planung auch mitgezeichnet hat oder mitgetragen hat sogar, dass er nicht für diese Alternative ist - er will ihn nicht vier Jahre weiterbetreiben -, sondern er hat gesagt: Ich bin bei dieser Situation dafür, ISIS zu beenden und nicht in die Serie einzutreten. - Er hat also Ziffer 1 und 2 der Entscheidungsvorschläge mitgetragen. Und daraufhin habe ich Herrn Beemelmans empfohlen, so wie vom Generalinspekteur votiert: keine Serienbeschaffung, Betrieb für ISIS bis erfolgreicher ISIS-Abschluss 30.09. beenden, nicht

weiterbetreiben über die Dauer von vier Jahren.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil - -

Zeuge Rüdiger Wolf: Und Letzteres hatte seine Ursache unter anderem damit - eine Kosten-Nutzen-Abwägung. Denn was kostet mich der Betrieb des Euro Hawk, und was bringt er mir an Erkenntnissen? Und da hat der Generalinspekteur gesagt: Dies steht in keinem Verhältnis zueinander.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 52 Millionen stehen in keinem Verhältnis zu den Erkenntnissen durch den Einsatz des - - Das wundert mich jetzt etwas, weil wir hier etwas andere Zahlen ja sonst immer im Raum stehen haben.

Zeuge Rüdiger Wolf: Also, das hängt - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es so ein tolles, sage ich mal, Signalerfassungssystem ist, dann wären die 52 Millionen ja vielleicht sogar noch vertretbar.

Zeuge Rüdiger Wolf: Der Generalinspekteur kommt heute Abend.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gerade sagen, den können wir da gleich noch mal fragen.

Ich habe das noch mal deswegen aufgeworfen, weil Staatssekretär Beemelmans eben, als ich danach fragte, was denn jetzt weiter mit dem Demonstrator passieren soll, sozusagen wo der untergebracht wird, wo der stehen soll, ob der eingemottet wird - - da sagte er dann ganz klar: Nein, den nutzen wir weiter. - Und dann habe ich gefragt: Ja, wie denn, mit einer vorläufigen Verkehrszulassung? Und dann sagt er, ja - - Also, deswegen frage ich noch mal nach: Ist diese Entscheidung so gewesen, ist auch da endgültig entschieden worden jetzt im Mai, den Demonstrator nicht nur nicht vier Jahre, sondern auch überhaupt nicht zu benutzen? Ist das die Entscheidung, die gefällt worden ist?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein. Die Entscheidung, die gefällt worden ist: den Demonstrator jedenfalls bis zum 30.09. zur Beendigung von ISIS zu betreiben, ihn aber

nicht für die Dauer von vier Jahren zur Gewinnung von Aufklärungsergebnissen zu nutzen, weil der Betrieb des Demonstrators in keinem Verhältnis zu dem Nutzen steht.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ist entschieden worden, nach einer anstehenden Abnahme nach dem 30. November den Demonstrator nicht zu benutzen?

Zeuge Rüdiger Wolf: Nein. Es ist entschieden worden, ihn nicht für die Dauer von vier Jahren zur Gewinnung von Aufklärungsergebnissen zu nutzen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Otte zur Geschäftsordnung.

Henning Otte (CDU/CSU): Ich möchte nur mal zur Klarstellung -- Wenn Sie Vorhaltungen machen aus einer Zeugenbefragung, die gerade gelaufen ist, wofür es noch kein Protokoll gibt, dann machen Sie das aus dem Gedächtnis. Das ist aber nicht unbedingt auch das, was wir in Erinnerung haben. Ich will hier nicht bewusstes Handeln unterstellen. Bloß, wenn Sie hier Vorhaltungen machen wollen, dann hätten Sie an unterschiedlichen Tagen die Zeugen befragen müssen. Also, ich halte das für fragwürdig, was Sie hier versuchen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Na gut.

(Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich da kurz zu erwidern?

- Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir haben uns darauf geeinigt, dass wir in 6 Tagen 18 Zeugen vernehmen. Wir haben alle keine andere Möglichkeit, als die Zeugen aus dem Gedächtnis zu zitieren. Das haben Ihre Kollegen auch gemacht. Das ist berechtigt. Der Kollege Brand bzw. der Kollege Silberhorn hat gestern auch aus dem Gedächtnis einen Zeugen zitiert. Das war nicht ganz richtig. Da hatte ich mich gemeldet und habe da gesagt: Moment, das war anders. - Und dann haben Sie ja auch gesagt: Ja, genau, so war das. - Dann kann man sich darüber verständigen. Das ist keine böse Absicht, sondern das bringt einfach das Verfahren, das wir vereinbart haben, hier so mit sich.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Das ist richtig. Das Protokoll eines Zeugen, der kurz vorher vernommen wurde, kann anschließend noch nicht vorliegen, und ich glaube, Herr Staatssekretär Wolf weiß sehr genau, wie er mit so was umgehen soll; habe ich jedenfalls den Eindruck.

(Abg. Michael Brand (CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

- Nein. Sonst mache ich eine Beratungssitzung. Ich unterbreche und mache eine Beratungssitzung.

(Michael Brand (CDU/CSU): Ich wollte nur eine Bitte äußern!)

- Nein, ich mache eine Beratungssitzung. Jetzt ist Schluss. - Gut.

Jetzt frage ich die CDU/CSU-Fraktion. - Nein. SPD? - Herr Kollege Arnold.

Rainer Arnold (SPD): Herr Staatssekretär, ich lege Ihnen jetzt MAT 17-50 zu 99-31¹ vor und frage zunächst mal, ob dies die Vorlage ist, von der wir die ganze Zeit sprechen, in der dann die Entscheidung: „Eine Serienbeschaffung“ - so beginnt sie - „auf Basis des EURO HAWK wird nicht weiter verfolgt“ -- über die wir sprechen, wo es nicht um Alternativen geht.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt - Der Zeuge liest in diesem Schriftstück)

Zeuge Rüdiger Wolf: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Dann bitte ich einmal, Ihren Blick auf den Punkt 21 auf Seite 5 zu wenden. Für die Zuhörer hier lese ich es vor:

Mittels externer Studien, einer Marktsichtung des BAAINBw und gestützt auf industrielle Expertise deutscher Luftfahrtunternehmen wurden marktverfügbare Plattformen untersucht und bewertet. Dabei wurden geeignete und verfügbare - darunter auch bemannte - Plattformen identifiziert.

Und Sie sagen, es hätte keine gegeben; verstehe ich nicht.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT 17-50 zu BB 17-31, Ordner 5, Blatt 400 ff.